

**Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

**Wolfgang Bosbach MdB
in der Debatte des
Deutschen Bundestages am**

am 02. Dezember 2004

**„Politischen Islamismus bekämpfen – Verfassungstreue Muslime
unterstützen“**

Sperrfrist: Beginn der Rede

Es gilt das gesprochene Wort

Frau Präsidentin,

Herr Präsident,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Helmut Schmidt hat vor wenigen Tagen behauptet, es sei ein Fehler gewesen, Menschen aus anderen Kulturkreisen als Gastarbeiter anzuwerben. Insbesondere eigene Parteifreunde haben ihn dafür heftig kritisiert.

Man kann darüber streiten, ob diese Äußerung in der Sache richtig und vernünftig ist, aber der Streit ist müßig.

Seit Jahrzehnten leben Menschen aus anderen Kulturkreisen mitten unter uns. Sie sind längst ein Teil dieser Gesellschaft. Es geht also nicht um die Frage, ob wir mit ihnen zusammenleben wollen, sondern wie!

Bemerkenswert ist die Äußerung von Helmut Schmidt jedoch auf jeden Fall, denn sie zeigt:

1. Wir können nicht jeder Forderung der Wirtschaft nach mehr ausländischen Arbeitskräften nachkommen. Zum einen deshalb, weil wir uns an-

gesichts der dramatischen Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt darauf konzentrieren müssen, zunächst die inländischen Arbeitslosen in eine Beschäftigung zu bringen. Und zum anderen, weil Zuwanderung ja nie nur auf Arbeitsplätze stattfindet, sondern immer auch in unsere Gesellschaft. Daher muss – nach wie vor – die Integrationskraft unseres Landes Maßstab für eine vernünftige Zuwanderungspolitik sein. Und diese Integrationskraft ist nicht unbegrenzt.

2. Unter Integrationsgesichtspunkten ist Zuwanderung nicht gleich Zuwanderung. Wenn, wie in den letzten Jahrzehnten geschehen, weit überwiegend Menschen aus anderen Kulturkreisen zu uns kommen, dann ist das für Staat und Gesellschaft eine ganz andere Herausforderung, als beispielsweise die Binnenmigration innerhalb der EU.

3. Es gibt – im Zusammenhang mit der Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen und ihren Folgen für Staat und Gesellschaft – nicht nur besorgniserregende Fehlentwicklungen, sondern zum Teil dramatische Probleme. Und diese Probleme muss man offen ansprechen dürfen, ohne dass sofort reflexartig die Rassismus-Keule geschwungen wird.

Es kann nicht sein, dass man offenkundige Probleme nicht anspricht, weil man befürchten muss, sofort mit dem Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit konfrontiert zu werden.

In Deutschland leben heute über 3 Mio. Muslime, davon fast 750.000 mit deutscher Staatsangehörigkeit. Sie sind unsere Nachbarn, Arbeitskollegen oder Mitschüler. Der allergrößte Teil von ihnen ist friedlich, rechtstreu und bemüht sich um Integration in unsere Gesellschaft.

Ihnen müssen wir entgegenkommen und daher ist es richtig, dass im neuen Zuwanderungsgesetz im Bereich Integration ein Schwerpunkt gesetzt wird.

Wenn über den Islam oder über Islamismus gesprochen wird, ist Differenzierung wichtig. Wir müssen unterscheiden zwischen dem Islam als Religion, als Glaubensgemeinschaft einerseits und dem Islamismus sowie dem religiös motivierten Terrorismus andererseits.

Richtig ist aber auch: Der islamistisch-motivierte Terrorismus hat seine Wurzeln in religiösem Fanatismus. Und deswegen müssen wir schon diesen islamistischen Extremismus viel entschiedener bekämpfen.

Religionsfreiheit heißt nicht Narrenfreiheit, heißt nicht Freiheit für religiöse Fanatiker.

In Deutschland leben inzwischen über 30.000 Islamisten. Von ihnen gelten gut 3.000 als gewaltgeneigt oder sogar gewaltbereit. Von denen müssen wir uns trennen. Eher heute als morgen und das hat mit Ausländerfeindlichkeit überhaupt nichts zu tun.

Wir sind ein tolerantes Land. Wenn wir das aber auf Dauer bleiben wollen, dann muss gelten: Keine Toleranz den Intoleranten. Kein Wegducken, wenn unsere religiöse Toleranz dazu missbraucht wird, für eine islamistische Ordnung zu werben, die exakt diese Toleranz abschaffen will. Dagegen vorzugehen ist nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht.

Niemand kann sich auf Religionsfreiheit berufen, der seine religiöse Überzeugung dazu nutzen will, unseren demokratischen Rechtsstaat zu zerstören, um anschließend einen islamistischen Gottesstaat zu errichten.

In Deutschland gibt es fast 3000 Moscheen und Gebetshäuser, etwa 100 gelten als nachrichtendienstlich relevant. Daher unsere Forderung: Wir müssen genauer hinsehen und genauer hinhören. Wir müssen unsere Dienste- und Sicherheitsbehörden so ausstatten, dass sie in der Lage sind, Gefahren rechtzeitig zu erkennen und abzuwehren.

Der Islamismus ist nicht in erster Linie eine religiöse, sondern eine politische Bewegung. Sein Ziel ist, die Trennung von Kirche und Staat aufzuheben, um einen islamistischen Gottesstaat zu errichten.

Nicht Recht und Gesetz einer demokratisch gewählten, gesetzgebenden Versammlung sollen maßgeblich sein, sondern nur der Koran und die Worte und Taten des Propheten. Dieser islamistischen Ordnung hat sich jede private Lebensführung und jede Staatsgewalt zu unterwerfen. Das ist eine neue Form von Totalitarismus.

Demokratie und Islamismus ist daher ein Widerspruch in sich. Das ist auch der Grund dafür, warum kein islamistisches Land eine Demokratie ist. Es sind entweder absolute Monarchien, Diktaturen oder Theokratien.

Daher muss für uns gelten: Wehret den Anfängen!

Wenn beispielsweise in einer Moschee gepredigt wird (ich zitiere wörtlich) „Amerika ist ein großer Teufel, Großbritannien ein kleiner, Israel ein blutsaugender Vampir. Einst waren die Europäer unsere Sklaven, heute sind es die Moslems.

Dies muss sich ändern. Wir müssen die Ungläubigen bis in die tiefste Hölle treiben. Wir müssen zusammenhalten und uns ruhig verhalten, bis es soweit ist. Wir müssen die Demokratie für unsere Sache nutzen. Wir müssen Europa mit Moscheen und Schulen überziehen.“ – dann kennzeichnen solche Sätze eine Geisteshaltung, die unvereinbar ist mit unserer Verfassung und wer in dieser Form redet, der hat sein Aufenthaltsrecht spätestens am Ende dieser Predigt verloren.

Der weist sich selber aus Deutschland aus.

Wenn Imame aus der Türkei – oder anderen islamischen Ländern – in Deutschland ankommen und hier wirken, ohne unsere Geschichte, Kultur, ohne unsere Werte- und Rechtsordnung zu kennen, und auch nicht unsere ganz alltägliche gesellschaftliche Realität, dann kann dies die Integration von Muslimen nicht fördern, sondern nur erschweren.

Das wollen wir ändern und machen hierzu ganz konkrete Vorschläge. Es gibt keinen einzigen Grund sie abzulehnen. Die Kritik an unserem Antrag hat sich bislang nur an einem einzigen Punkt festgemacht: an dem Begriff „Leitkultur“. Ich will einmal zitieren, was der Schöpfer des Begriffs, Prof. Bassam Tibi dazu gesagt hat:

„Es schmerzt mich mitzuerleben, mit welchen Diffamierungen die Parteien im Streit um die „Leitkultur“ arbeiten. Diesen Begriff in die Verbindung mit der unheilvollen deutschen Geschichte von 1933 bis 1945 zu bringen, wie es Marieluise Beck getan hat, grenzt an Rufmord. Solche Äußerungen gegen das Konzept der Leitkultur haben eine Wirkung wie Steine und Gummigeschosse des Hasses im Nahen Osten. Ich erwarte eine rationale Diskussion über den Gegenstand.“ (E. d. Z.)

Darüber sollten Sie einmal in aller Ruhe nachdenken.

Multi-Kulti ist kein Zukunftsmodell, Multi-Kulti ist gescheitert. Wenn wir ein friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Nationalität, Hautfarbe oder Religion wollen – dann brauchen wir einen gemeinsamen, wertorientierten, gesellschaftlichen Konsens.

Warum sollten wir diesen Konsens, diese Orientierung an alle verpflichtende Normen und Werte nicht „freiheitliche demokratische Leitkultur“ nennen? Wir brauchen mehr Integration einerseits und mehr Entschlossenheit gegen jede Form des Extremismus und des religiösen Fanatismus andererseits. Wer dies mit uns gemeinsam will, sollte diesem Antrag zustimmen.

Danke für's Zuhören!